

Welt-Zeitung

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtage und Montage einmal...

Mit „Jede Woche Musik“ Moden-Zeitung Film-Zeitung Techn.-Zeitung Sport-Zeitung Haus u. Garten-Zig Witzblatt „ULK“

Schlesener Allee 144, Schiffsbauamt 4, Rheinberger Straße 70, Fennert 1...

Auf den Spuren eines Fememords

Ein deutschpöblischer Chauffeur verhaftet - Die Brigade Erhardt im Spiel

Der Frankfurter Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, den deutschpöblischen Chauffeur Schwimg zu verhaften...

zu sein. Der Polizei und der Staatsanwaltschaft verweigerte er jede Auskunft...

Schnelldienst

Die auf den Seiten des 28. Juli berichtete Großhandelsindex der Statistischen Reichsanstalt gegenüber dem 21. Juli um 0,4 vom Proz. auf 126,8 gesunken...

Der Reichstag und die Kanzler des Weltkrieges

Dr. Ludwig Herz

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss hat einen neuen Band seiner Fortföhrungen veröffentlicht...

Mit 19 gegen 13 Stimmen

Annahme der Polacaré-Vorlage im Finanzausschuss - Geplante Fremdensteuer in Frankreich

Der Finanzausschuss der Kammer hat die Regierungsvorlage mit 19 Stimmen gegen 13 angenommen...

nehmen. Die prompt erfolgte Antwort des Rabiniers Wiße lautete dahin, daß der Auffass Wißelms II. beweise, daß er ein vollkommen Ignorant auf dem Gebiete der theologischen Wissenschaften sei...

Noch keine Friedensausicht in England

Morgen Zulammentritt der Bergarbeiterdelegierten Intervention der Arbeiterpartei

Das neu gebildete Exekutivkomitee des Bergarbeiterverbandes hat heute vormittag zum ersten Male zusammen...

Wilhelm der Amateurtheologe

Ein Abzuge aus Amerika

Die von Wilhelm II. im „Current History“ aufgestellte Behauptung, daß das Ziel der neu-jüdischen Bewegung in Amerika, die christliche Lehre Christi zu aufgeben...

Die Gewerkschaft im Ruhrrevier. In einer Sitzung des paritätischen Fachauschusses der Abteilung Bergbau...



**Frauenbewegung — aber nicht zu stürmisch!**

Die Frauen den „Wirtschafts-Männern weit voraus

Die ganze Gift- und Ziellohigkeit der Männer in der sogenannten „Wirtschaftspartei“ offenbar sich erst auf ihrer Frauengattung. Da die Frauen seit beinahe acht Jahren das volle Wahlrecht gleich den Männern besitzen und ausüben, war auch bei den „mittelständlichen Frauen“ der frühere Gedanke aufgetaucht, eine eigene Organisation aufzumachen. Aber der Parteiführer Drexwig wies grobpatronisch ab: nur nicht zu stürmisch! Das war etwas der Inhalt seiner Rede an die „Kollegen und Kolleginnen“, die er an die den Wirtschaftspartei zugehörenden Frauenlogung hielt. Als die Vorlesende Frau v. R. F. F. wies die Notwendigkeit einer eigenen Frauenorganisation mit der Führung der Bewegung begründete, der Reichsparteitag sei der Frauenbewegung nicht genügend entgegengekommen, erhob sich sofort Herr Drexwig mit einem beschwichtigenden Ja — aber!

Die Partei sei ja von der Notwendigkeit einer Zusammenfassung der Frauen überzeugt, aber das könne nicht in die nächsten Jahren vor sich gehen, wie manche Frauen wünschen. Die mittelständlichen Frauen hätten eben noch nicht die notwendige Reife, da sie bisher lediglich die „Mütter“ der Hausfrau, Mutter und gesellschaftlichen Kameradin ausübten. Im Gottesdienst keine „sprunghafte Entzündung“ und nicht „mit der Partei im Widerspruch“! Auch keinen Vergleich mit den Frauenbewegungen anderer Parteien! „Selbst wenn“ sich die mittelständliche Frau „am Rande der Zeit“ weit fühlte, daß sie in der Lage wäre, auf dem Gebiete der Politik, Wirtschaft und Kultur mitarbeiten und „wichtig“ einmal selbst an der Gesetzgebung mitzuwirken. „na, und so weiter!

„Vielleicht einmal“ (nach unendlichen Zeiten!) — eine blamablere Rede hat meines Wissens Herr Drexwig noch nicht gehalten. Das ist schon neuen Zeiten und neuer Gesichnungen an dem Schutze der Lebensfrage zu merken. Herr Drexwig hat anheimelnd gar nicht gemerkt, ein solches Zeugnis sei seinen eigenen Parteifrauen ausstufend. Und obendrein ein falsches Zeugnis. Denn die Frauen sind längst viel weiter als er mit seinen Kollegen. Die Gesamtheit der deutschen Frauen wird seit fünf Jahren an der Gesetzgebung mit, er aber redet noch von „vielleicht einmal“. Während seine Männer vor lauter „Wirtschaft“ bis heute noch kein klares politisches und kulturelles Programm gefunden haben — und wahrscheinlich auch nie finden werden — über eine der Frauen, Frau Deming, schon sehr klare und zielbewusste Gedanken; die Frauen hätten im Kriege bemerkt, daß sie den Männern in durchaus gleichberechtigt zur Seite ständen. Und wenn sie nun das Wort ergreifen hätten, dann dürften sie sich nicht damit begnügen, lediglich zur Mahlnone zu gehen, sondern sie müßten sich selbst ein Bild über die Grundlagen der Politik und Wirtschaft machen.

Ob Herr Drexwig die ziemlich deutlichen Kennzeichen gemerkt hat? Es ist leider kaum anzunehmen. Aber wir sehen: die Frauen drängen vorwärts und wollen lernen, verstehen, ein klares Bild gewinnen. Die Männer drängen rückwärts und halten wie Groschpater bei der Lebensfrage. Seit den vormalistrebenden Frauen! Es geht ganz so aus, als ob sie viel eher zu einem Kulturwidrig der neuen Zeit kommen werden als ihre Drexwig.

**Brandenburgs Mordverbote abgebaut**

Schwerin, 29. Juli.

Das medienburgische Kultusministerium hob durch Regierungsverordnung die rückschrittlichen Bestimmungen der Regierung Brandenburg betreffend die äußere Bekleidung der Sommer- und Festtage auf. Nach dieser Verordnung sind vorerst die Sommer- und Festtage an den Sommer- und Festtagen selbst allgemein bis 1 Uhr nachmittags gestattet. Am Montag kann die Bekleidung durch die Festtage bis 3 Uhr nachmittags erfolgen. Offensichtliche Verstöße sind an den Vorabenden vor dem Sommer- und Festtag nach den Bestimmungen der Verordnung bis 12 Uhr nachmittags gestattet. An Sommer- und Festtagen sind nach der Städtigkeit, die bis um 11 Uhr vormittags festgelegt ist, Umzüge und musikalische Veranstaltungen gestattet. Dies alles war bisher verboten. Die Angehörigen des gesamten Gemeinwesen, Gemeinderäte, und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sind an der Befolgung dieser Verbote.

Zur ersten Hilfe für die Geschädigten im Meber- schwenmungsgebiet der Eibe hat das medienburgische Staatsministerium folgende Verordnung erlassen: Die Bundesländer als Ersatzwohnstätten sind angewiesen, den Geschädigten die fälligen Mieten zu zahlen bzw. zu er-

**Die ermäßigten Mehlszölle im Reichsrat**

Annahme der Regierungsvorlage — Bayern und Württemberg überstimmt

Der Reichsrat hielt am Donnerstag unter Vorsitz des Reichsinnenministers Rath, eine öffentliche Sitzung ab, in der er sich hauptsächlich mit der Verordnung der Reichsregierung befaßte, die ab 1. August bis auf weiteres niedrigeren Zölle für Mehl und sonstige Mältereierzeugnisse festsetzt. Nach der Vorlage sollen die Zölle für Mehl aus Grot und Getreide 14 Mark, für sonstiges Mehl 10 Mark, für Graupen und Oris (sowie sonstige Mältereierzeugnisse aus Getreide) 14 Mark und sonst 10 Mark pro Doppelzentner betragen. Diese Zölle sollen am 1. August in Kraft treten.

Die Reichslandstände hatten der Vorlage zugestimmt. In der heutigen Sitzung kam es zu einer Debatte, in der der bayerische Landtag v. Freger unter anderem ausführte, daß der bayerischen Regierung die vorgeschlagenen Zölle für Mehl zu niedrig erschienen. Im Interesse des Abbaus des inländischen Getreides sei es dringend erforderlich, die einheimische Mälerei vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen. Um dies zu erreichen, wäre ein Zoll von 12,50 Mark an Stelle des mit 10 Mark vorgeschlagenen notwendig, und zwar dies um so mehr, als ausländisches Mehl vorzugsweise Kurzwinkel sei, und ansichts der befürchteten Konkurrenz der Mälerei, die von 178 000 Doppelzentnern im ganzen Jahre 1918 allein in den ersten fünf Monaten des Jahres 1926 auf 436 700 Doppelzentner angewachsen sei.

Der Vertreter von Bremen meinte, ein Mehlszoll von 10 Reichsmark ginge die deutsche Mälerei infolge der Dumpingkonkurrenz Amerikas, ihre feinsten Mehle mit Verlust zu

verkaufen. Sie werde dann verkaufen müssen, diese Verluste durch Erhöhung der Preise für gewöhnliches Mehl auszugleichen mit dem Erfolge, daß eine Verteuerung für das Brotmehl zu Kosten der Bevölkerung eintrete. Bremen müsse daher die Höhe der Zölle als zu niedrig ansehen.

Der Vertreter von Württemberg schloß sich dem bayerischen Antrag an. Er beantragte darüber hinaus aber auch eine Erhöhung der Zölle für Grot- und Getreideprodukte von 14 auf 17,50 Mark pro Doppelzentner, was namentlich im Hinblick auf die Getreide- und Mälereimittelindustrie notwendig sei.

Der Vertreter von Hamburg und Sachsen widersprachen dem bayerischen Antrag, wobei der letztere der Befürchtung Ausdruck gab, daß durch Annahme des bayerischen und württembergischen Antrages eine wesentliche Erhöhung der Preise für wichtige Lebensmittel eintreten könnte.

In namentlicher Abstimmung wurde dann der bayerische Antrag mit 38 gegen 28 Stimmen unter anderem genehmigt, für den bayerischen Antrag Stimmen unter anderem aus Bayern, Brandenburg, Hannover, Württemberg, Thüringen und Bremen. Der Antrag Württembergs verfiel in einfacher Abstimmung der Ablehnung, mit der Änderung angenommen, daß der Zeitpunkt des Aufhebens der ermäßigten Zölle nicht allein von der Reichsregierung, sondern nur im Einvernehmen mit den Anhängern, die bei der Einführung mitgewirkt haben, bestimmt werden darf.

lassen. Die Geschäftsstellen sollen bald und zweifelsfrei in ausreichendem Maße zur Verfügung stellen. Weiteren Beschäftigten sollen in Ausübung dieser Tätigkeit, wenn nötig, aufgenommen werden; die Finanzämter sind angewiesen, fällige Landessteuern auf Antrag zu zahlen bzw. zu erlassen. Weiteren werden den Beamten im Meber- und Kulturministerium zur Verfügung gestellt.

**„Deutsche Demokratie“**

Zentrumsabgeordneter Joost auf der Reichstagsung der Windhoff-Bühne

Soest, 29. Juli.

In diesen Tagen findet hier die sechste Reichstagsung der Deutschen Zentrumspartei statt. In der ersten Sitzung sind allen Anwesenden erschienen. Nach der Tagung beriet die Stadtvorordneterversammlung darüber, ob am kommenden Sonntag die Stadtsitzung oder die Reichstagsung stattfinden sollten. Auf Initiative der Zentrumspartei gelang es, mit 18 gegen 6 Stimmen einen Antrag durchzubringen, wonach die städtischen Gebäude bei allen Gelegenheiten an erster Stelle die verfassungsmäßigen Reichstagsungen seien müßten. Für den Antrag stimmte das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Die Begründungsanfrage bei der Reichstagsung hielt der Reichstagsabgeordnete Dr. Krone (Berlin), der Vertreter der Jugendverbände und der Liga für Menschenrechte willkommen heißen konnte. Gegenstand der weitläufigen Vorlesung, Abgeordneter Gerold, sowie ein Vertreter der Stadt- und der Ortsgruppe Soest. Abgeordneter Joost hielt darauf ein mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat über das Thema „Deutsche Demokratie“, dessen Inhalt sich wie folgt zusammenfaßt: Die Frage, ob die Demokratie an sich gut sei und sittlich fördernd ist und bleiben kann, ist zu bejahen. Die Demokratie ist auch für das deutsche Volk brauchbar. Sie widerspricht nicht dem deutschen Geiste. Aber sie ist ein Neues, ein Fortschritt, sie verlangt von uns etwas. Die Demokratie setzt den Glauben an das Vordringende von guten Menschen voraus und an die Gerechtigkeit der Sache. Sie verlangt die demokratische Mitwirkung, sachliche Behandlung der Probleme des Staates und Volkes. Nirgends sehe ich, daß die republikanische Form der Republik widersteht. Es kommt darauf an, wie die Republik angefaßt wird. Sie darf nicht Partei-farbe, sondern nur Volkssache sein. Die Republik kann nur Bestand haben, wenn sie der Nation dient. Die Republik von heute geht sich nicht neben der nationalen Idee liegen. Ich erachte auch, daß sich die republikanischen Wesen an Seinerzeit und Vortrefflichkeit des nationalen Gedankens nicht von anderen übertreffen lassen. Die Nationalisierung des republikanischen Gedankens ist nicht Nationalismus im Sinne der Verherrlichung des Staates, sondern ein gelandeter, nationaler Gedanke, der eine friedliche Entwicklung will, aber realistisch genug ist, zu sehen, wie die Welt ist. Der Parlamentarismus als Sonderart hat in Deutschland seine Schwermierigkeiten, die noch ungelöst sind, aber gelöst werden können, vielleicht durch Erziehung, etwas Falsches zur Lösung sehe ich nicht, aber die Republikaner stellen darüber diskutieren, was nötig ist.

Ehrenbürger für einen Deutschen in Amerika. Aus Bridgeton (New Jersey, U.S.A.) wird gemeldet, hier wurde der völlig mittellos verstorbene deutsche Kriegsteilnehmer Peterka auf Kosten der amerikanischen Legion feierlich beigesetzt. Als Bekehrtschützer fungierten amerikanische

Kriegsveteranen. Der Kommandeur der Legionsteilnehmer hat sich an die Regierung gewandt, in der er von den Deutschen veranstalteten feierlichen Beisetzung des Sohnes Roosevelt bei St. Quentin gebuchte. Mit der feierlichen Beisetzung Peterka, so führte er aus, trage Amerika also eine Dankepflicht ab.

**Gepannte Finanzlage bei der Reichspost**

Rückgang der Radiofrequenzen

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost trat am 29. Juli zu einer Sitzung zusammen. Über die Lage der Deutschen Reichspost im Juni 1926 wurde folgendes mitgeteilt: Der Briefverkehr, der Postanweilungs- und Sachfrachtenverkehr sind zurückgegangen, die Zahl der Postfachstellen und der Umsatz im Postfachwesen sind zwar gestiegen, das Guthaben auf den Postfachstellen ist aber um 19 Millionen Reichsmark weiter zurückgegangen, der Telegraphenverkehr hat durchschnittlich gegen den Vormonat um 11 Prozent abgenommen, die Zahl der Sprechtellen ist gestiegen, die Zahl der Rundfunkfrequenzen hat im Juni um 20 000 abgenommen, was auf die Ferien zurückzuführen ist. Die Betriebsmaßnahmen für 1926 sind hinter dem Soll um 20 Millionen Reichsmark zurückgeblieben. Die Finanzlage der Deutschen Reichspost ist auch weiterhin gespannt, was auf die ungenügende allgemeine Wirtschaftslage zurückzuführen ist. Die Verwaltung erwartet jedoch nach früheren Erfahrungen, daß die bisherigen Ausfälle durch den im zweiten Halbjahr regelmäßig härteren Verkehr ausgeglichen werden.

**Beil in München**

München, 29. Juli.

Reichsminister Dr. Beil hat heute auf der Durchreise beim bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Feld und den übrigen bayerischen Staatsministern einen Besuch abgestattet. Heute mittag hatte Reichsminister Dr. Beil eine längere Aussprache mit dem bayerischen Ministerpräsidenten über die laufenden Fragen der beiden Reichsteile. Daran schloß sich ein Frühstück bei dem Ministerpräsidenten Dr. Feld, an dem auch der hier anwesende Staatsminister Stügel, v. Meinel, die Staatsräte Korn und Schmitt teilnahmen.

**Schiffbruch auf hoher See**

54 Personen ertrunken

San Domingo, 29. Juli. (W. T. S.) Die drei Dampfer „Frankfurt“, „Wassil“ und „Mascot“, die sich auf der Reise nach den kleinen Antillen befanden, erlitten Schiffbruch. 54 Menschen sind ertrunken.

20. Juli. (W. T. S.)

Leut amtsdien Meldungen der Behörden in Niigata sind 100 Menschen in den nach einem schweren Regenschneefall austretenden Fluten ertrunken.

Englisch-deutsche Bekanntschaften. In Verbindung einer Anfrage im Interdiale hatte der Staatssekretär für das Kriegswesen, Goans, mit, daß bis Ende des vorigen Jahres 648 Ehen zwischen deutschen Frauen und im besetzten Gebiet lebenden englischen Soldaten geschlossen wurden.

**SALAMANDER SCHUHE BILLIGER!**

NUR NOCH 6 PREISE

GRUPPE	1	MARK	12 50
	2		14 50
	3		16 50
	4		18 50
	5		21 00
	6		24 00

**KEIN SCHUH MEHR ÜBER M.24**

**SALAMANDER**



